

Stellungnahme der MFG, 10. September 2024

1. Wie werden Sie für die rasche (!) und vollständige Aufarbeitung der Coronazeit in Österreich sorgen?

Wir fordern eine sofortige und umfassende Aufarbeitung der Coronazeit durch einen unabhängigen, außerparlamentarischen Untersuchungsausschuss. Diese Untersuchung wird kompromisslos und ohne politische Rücksichtnahme erfolgen. Es ist Zeit für Transparenz und die vollständige Offenlegung aller Entscheidungen und ihrer Konsequenzen. Die Aufgabe der Politik ist es, endlich eine nachhaltige Heilung für diese Jahre der Menschenverachtung herbeizuführen. Die sogenannte „Corona-Pandemie“ mit allem, was geschehen ist, muss von echten Fachleuten ohne politische Beteiligung aufgearbeitet werden. Diese Aufarbeitung muss letzten Endes auch zu einer rechtlichen Verantwortung der handelnden Personen führen – zumindest, wenn sie mit Vorsatz oder grob fahrlässig gehandelt haben. Wenn wir im Nationalrat vertreten sind, werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Aufarbeitung vorantreiben und dafür sorgen, dass kein Aspekt der Krise ausgeklammert wird – wir werden alle relevanten Daten und Dokumente öffentlich machen und sicherstellen, dass verantwortliche Politiker zur Rechenschaft gezogen werden.

2. Welche handelnden Personen werden Sie aus sämtlichen von Steuerzahlern finanzierten Ämtern entfernen?

Personen, die im Rahmen der Corona-P(I)andemie nachweislich vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt haben, werden zur Rechenschaft gezogen. Dies umfasst insbesondere die Verantwortlichen für die gescheiterte Kommunikation und die unverhältnismäßigen Maßnahmen. Wir setzen uns für einen vollständigen Wechsel der Führungspersonen in betroffenen Ämtern ein, um sicherzustellen, dass frische, unparteiische Perspektiven die notwendigen Reformen und Überprüfungen forcieren.

3. Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Fehler der Regierung wiedergutmachen? (Rückerstattung von Strafzahlungen, Rücknahme gerichtlicher Entscheidungen, die aufgrund der falschen Annahmen getroffen wurden, öffentliche Rehabilitierung kritischer Wissenschaftler, Ärzte, Juristen, Schauspieler etc, ...)

Wir werden alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die durch die Regierung verursachten Schäden zu kompensieren. Dazu gehören:

- Sofortige Rückerstattung von ungerechtfertigten Strafzahlungen an Bürger und Unternehmen, die durch fehlerhafte Maßnahmen finanziell belastet wurden.
- Überprüfung und Rücknahme von gerichtlichen Entscheidungen, die auf fehlerhaften Annahmen oder unzureichender Evidenz basierten.
- Öffentliche Rehabilitierung von kritischen Stimmen aus Wissenschaft, Medizin und anderen Bereichen, die während der P(I)andemie verfolgt oder diskreditiert wurden. um sicherzustellen, dass ihre Beiträge anerkannt und nicht weiter diskriminiert werden.

4. Welche neuen Gesetze und Verordnungen aus der Coronazeit werden Sie sofort aufheben?

Wir werden alle während der Coronakrise eingeführten Gesetze und Verordnungen aufheben, die auf fragwürdigen oder nicht evidenzbasierten Grundlagen beruhen. Dazu zählen:

- Alle Lockdowns und Ausgangssperren, die nicht durch belastbare wissenschaftliche Daten gestützt wurden.
- Verordnungen zur Maskenpflicht und andere Einschränkungen, die nicht den wissenschaftlichen Standards entsprechen oder unverhältnismäßig waren.
- Alle Regelungen, die zu massiven wirtschaftlichen Schäden für Unternehmen und Einzelpersonen geführt haben und nicht gerechtfertigt sind.

5. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Österreichs Souveränität gegenüber der WHO erhalten bleibt?

Unsere Position ist klar: Die MFG setzt sich entschieden und kompromisslos für den Austritt Österreichs aus der WHO ein. Wir haben hierzu bereits ein Volksbegehren initiiert und im Oö. Landtag eine entsprechende Resolution eingebracht. Die WHO ist zu einer autoritär handelnden Institution geworden, die maßgeblich von privaten Organisationen finanziert wird, deren Interessen sie vertritt. Damit werden Staaten bevormundet und Entscheidungen an die WHO übertragen, wie aktuell im Pandemievertrag. Um die Selbstbestimmung Österreichs zu bewahren, bleibt nur der Austritt aus der WHO. Wir werden daher alle verfassungsrechtlichen und rechtlichen

Maßnahmen ergreifen, um den Austritt aus der WHO durchzusetzen. Unser Ziel ist es, Österreich vom Einfluss supranationaler Institutionen zu befreien, die unsere nationale Autonomie gefährden und uns durch einseitige, privatrechtlich beeinflusste Entscheidungen unter Druck setzen.